

Viele Hunde sind des Hasen Tod: Protest-Welle gegen das Jagdgesetz erreicht die Jagdsyndikate

Ein "Aufruf an alle Jagdsyndikate" hatte den Festsaal im Agrocenter Mersch am Mittwochabend bestens gefüllt. Dicke Pullover und karierte Hemden verströmten einen Hauch geballter Freizeit. Aber eine lockere Stimmung wollte dennoch nicht aufkommen, schließlich war das zumeist männliche Publikum nicht zum Spaß hier. Der Aufruf zur Gründung einer Dachorganisation aller Jagdsyndikate hatte dramatisch geklungen: "Ein neues Jagdgesetz ist in Ausarbeitung. Bisher hat man es jedoch unterlassen, Rat und Meinung bei jenen Leuten einzuholen, die gerade in diesem Falle die eigentlichen Ansprechpartner sein müssten, nämlich die Grundeigentümer, bzw: die Jagdsyndikate als deren Vertreter", so das Rundschreiben. Zehn "Eigentümer und Vorstandsmitglieder verschiedener Jagdsyndikate" hatten den auf apfelgrünem Papier gedruckten Aufruf unterzeichnet.

Jos Helbach, Jagdsyndikats-Urgestein aus Grosbous servierte den versammelten Eigentümern als Vorspeise einen Einblick in die Geschichte des Jagdrechts und die jagdrechtlichen Realitäten Luxemburgs und der Nachbarländer. Es sei früher so gewesen, dass der Grundbesitzer auch das Jagdrecht auf seinem Grund und Boden habe ausüben können - früher jedenfalls. Das "neue" Jagdgesetz bedeute einen tiefen Eingriff in das Eigentumsrecht. Indem man die Jagd kurzerhand als dem Allgemeinwohl dienend bezeichne, nutze man das Waidwerk als Hebel zur Entrechtung der Eigentümer. Während in Belgien Jagdlose ab 25 Hektar, in Frankreich ab 35 Hektar und in Deutschland ab 75 Hektar üblich seien, erstrebe die Luxemburger Regierung zunächst Mindestgrenzen von mehr als 400 Hektar, bis 2021 sogar 600 Hektar. Ein derartiges Streben nach Größe sei nicht nachvollziehbar. Die Vergrößerung der Jagdlose werde dazu führen, dass ehemals natürliche Grenzen wegfielen und die neuen Grenzen willkürlich und unnachvollziehbar verlaufen würden. Auch käme eine durch ministeriellen Beschluss neu geordneter Grund und Boden einer Aushebelung oder Umgehung der Grundbesitzer und der Jagdsyndikate gleich. Auch sei unverständlich, warum das gesamte "territoire national" prinzipiell der Jagd untergeordnet werden solle.

Um das "alte Jagdgesetz", so Helbach, habe man Luxemburg im Ausland immer beneidet. Nostalgie kommt auf. Ein Zwischenrufer bezeichnet das neue Jagdgesetz sogar als Todesurteil für die Luxemburger Kultur, zumindest in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen Jägern und Landwirten bei der Ausübung traditioneller Treibjagden. Eine andere Stimme unterstellt, im Ministerium habe man "vun Tuten a Blosen" keine Ahnung. Auch die "Fédération Saint-Hubert" meldet sich zu Wort.

Mit anderen Kritikern des Jagdgesetzes will man sich aber nicht zusammenraufen. ALPA und Vogelschutz-Komitee, die für ihre Sache immerhin 8.250 Unterschriften hatten sammeln können, sind vielen Mitgliedern der Jagdsyndikate ein rotes Tuch. Einerseits pocht man auf das Eigentumsrecht, das man auf keinen Fall kampflos einem nimmersatten Staat abtreten will, andererseits kommt es überhaupt nicht in Frage, dass irgendein dahergelaufener Jagdgegner seinen Grund und Boden aus "Gewissensgründen" aus dem Jagdlos nimmt. Eigentum ist eben nicht Eigentum. Ein Vertreter der Bauernzentrale erklärt lautstark, dann könne man ja auch als Landwirt einfach aus einem Naturschutzgebiet austreten, natürlich unter Vorspiegelung ethischer Gründe.

Überhaupt ist die Stimmung etwas gereizt: Bauern werfen den Jägern vor, zu lange das Wild gefüttert zu haben und so zu einem Teil des Problems geworden zu sein, anstatt die Lösung darzustellen.

FSHCL-Präsident Joseph Bourg ergreift das Wort und hält dagegen, hier werde maßlos übertrieben. Auch betont er, dass es Zeit werde für die Jagdsyndikate, sämtliche Wohngebiete aus den Jagdlosen zu nehmen. Auch müsse darauf hin gearbeitet werden, die Jagdsyndikate zu stärken. Man müsse von der Vereinsmeierei wegkommen und sich nach deutschem Vorbild organisieren. Dort seien die vergleichbaren Verbände "Körperschaften des öffentlichen Rechts", aus denen man nicht so leicht austreten könne. Das Publikum ist zunehmend verunsichert. Zwar hackt alles vereint auf Jagdgegnern, der Regierung und dem neuen Jagdgesetz herum, untereinander einig ist man sich aber keineswegs. Einige Zuhörer im Saal sind der Meinung, dass eine Reform des Jagdgesetzes dringend erforderlich sei, andere fänden es schön, wenn alles beim Alten bliebe. Das Publikum kommt dem Aufruf, sich massenhaft am Aufbau einer Dachorganisation der Jagdsyndikate zu beteiligen nur zögerlich nach. Jos Helbach muss schließlich seine private Telefonnummer in den Saal rufen um Unentschlossenen die Möglichkeit zu geben, ihn bei nachträglichem Interesse zu kontaktieren. Auch wenn am Mittwochabend in Mersch kein Dachverband geboren wurde, ist dennoch das neue Jagdgesetz gestorben. Egal aus welchem Lager hagelt es geballte Kritik. Jäger, Bauern, Jagdgegner mögen unterschiedliche Gründe der Ablehnung haben, dennoch ist ihnen die Ablehnung als Prinzip gemein. Und viele Hunde sind bekanntlich des Hasen Tod.

ask

Quelle : Journal-online 20.02.2009